

Die amerikanische Präsidentenwahl

Der Artikel VI der amerikanischen Bundesverfassung enthält die klare Bestimmung: „Für die Bekleidung öffentlicher Ämter darf niemals eine religiöse Qualifikation zur Bedingung gemacht werden.“ Die letzte Präsidentenwahl hat aber offenbar gemacht, wie schwer sich das geschriebene Gesetz gegen das ungeschriebene durchzusetzen vermag. Das ungeschriebene, bisher immer beobachtete Gesetz aber lautet, daß ein Katholik nicht Präsident der Vereinigten Staaten werden darf. Es ist das Verdienst des diesjährigen Wahlkampfes, auf dieses ungeschriebene Gesetz religiöser Intoleranz die Aufmerksamkeit der ganzen Welt hingelenkt zu haben. Somit kommt der amerikanischen Präsidentenwahl von 1928 eine hohe konfessionelle Bedeutung zu.

Im Wahlkampf standen sich zwei hervorragende, starke Persönlichkeiten gegenüber, über deren Tüchtigkeit und Würdigkeit bei Freund und Feind kein vernünftiger Zweifel sein konnte. Herbert Hoover, der Kandidat der republikanischen Partei, hatte während des Krieges die Lebensmittelversorgung Belgiens und nach dem Kriege die der ausgehungerten Bevölkerung von Mitteleuropa in großartiger Weise organisiert. Seine Verdienste hatte Papst Benedikt XV. in einem Schreiben vom 9. Januar 1920 anerkannt und dabei bemerkt, daß solche Wohltaten ihm einen sehr hohen Rang in der Geschichte der christlichen Caritas sichern würden (Acta Apost. Sedis 1920, 35; L'Osservatore Romano 10. November 1928). Später war er ein ausgezeichnete Handelssekretär. Obwohl weder Volksmann noch Redner, hatte er sich überall als kenntnisreichen Politiker von staunenswerter Arbeitskraft bewährt und sich im In- und Ausland bedeutendes Ansehen erworben¹.

¹ Einen Einblick in seine Gedankenwelt gestattet seine kleine Schrift „Das Wesen Amerikas“, die kürzlich in deutscher Sprache im Verlage D. Stollberg (Berlin) erschienen ist.

Auch sein Verhalten in dem von einem Teil seiner Anhänger entfachten Kulturkampf war korrekt. Bei der feierlichen Annahme seiner Kandidatur am 11. August 1928 erklärte er: „In diesem Lande der Toleranz finden wir doch Ausbrüche der Intoleranz. Ich stamme aus einem Quäkergeschlecht; meine Vorfahren wurden wegen ihres Glaubens verfolgt. Hier suchten und fanden sie religiöse Freiheit. Kraft meiner Abstammung und Überzeugung bin ich für religiöse Toleranz im Denken und Handeln. Der Ruhm unserer amerikanischen Ideale ist das Recht eines jeden, Gott zu verehren nach Maßgabe seines eigenen Gewissens.“¹ Als aber der konfessionelle Schmähkrieg gegen seinen katholischen Gegner trotzdem immer heftiger wurde und immer abstoßendere Formen annahm, erklärte Hoover öffentlich, er wolle seine Kampagne nicht auf Bigotterie und Verleumdung des Gegners, sondern auf die Vorzüge der Systeme eingestellt sehen („Frankfurter Zeitung“ Nr. 824 vom 3. November 1928). Freilich verhallten seine schwachen, allgemeinen Proteste wirkungslos in dem wahnsinnigen Treiben entfesselter Leidenschaft.

Alfred Smith, der demokratische Kandidat, hatte sich von niederster Stufe durch eigene Tüchtigkeit bis zum Gouverneur des bedeutendsten Staates Newyork emporgearbeitet und war wegen seiner glänzenden Amtsführung viermal zu dieser Würde wiedergewählt worden. Seine persönliche Ehrenhaftigkeit war ebenso unbestreitbar wie seine hinreißende Beredsamkeit und seine beispiellose Popularität. Aber er hat in den Augen vieler Amerikaner einen großen Fehler: er ist Katholik, und zwar praktischer Katholik.

Daß bei der Wahl die republikanische Partei siegen würde, dafür sprach von vornherein die größere Wahrscheinlichkeit, die nur durch die Geschicklichkeit und Popularität des demokratischen Kandidaten etwas gemindert oder verdunkelt wurde.

¹ „America“ (Newyorker Wochenschrift) vom 25. August 1928, 457.

Denn die Republikaner sind schon lange im Besitz der Regierungsgewalt. Seit der Trennung der beiden Parteien im Jahre 1857 ist es den Demokraten nur viermal gelungen, bei der Präsidentenwahl zu siegen (Cleveland 1885—1889 und 1893 bis 1897; Wilson 1913—1921). Die Republikaner sind die stärkere Partei, die überdies von der Hochfinanz und Industrie mächtig unterstützt wird. Für diese Partei spricht ferner, daß unter ihrer Herrschaft die Vereinigten Staaten seit dem Kriege einen Wohlstand erreicht haben, der sie weit über alle anderen Länder emporhebt. Dazu kam, daß ihr Kandidat ein hundertprozentiger Amerikaner war, während Smith der Sohn eines armen irischen Einwanderers ist. Endlich hatte es Smith gewagt, die Reformbedürftigkeit der Prohibitions-gesetzgebung offen auszusprechen. Mit großem Freimut wies er darauf hin, daß im ganzen Lande die Bestechlichkeit der mit der Durchführung der Prohibition betrauten Beamten, der Alkoholschmuggel und die Gefeglosigkeit vorherrschten. Diese kühne Sprache geißelte zwar mit Recht die öffentliche Heuchelei, aber sie weckte auch die leidenschaftliche Gegnerschaft aller, denen die Prohibition eine heilige Sache oder eine reiche Quelle materiellen Gewinns ist.

Es waren also schwere Gewichte vorhanden, die auch abgesehen von konfessionellen Rücksichten die Wage zu Gunsten der Republikaner niederdrückten. Bemerkenswert ist also nicht die Niederlage des demokratischen Kandidaten, sondern die religiöse Intoleranz, die zu ihrer Herbeiführung entfacht wurde.

Schon Anfang 1927, als sich von ferne die Möglichkeit erhob, daß ein Katholik als Präsidentschaftskandidat aufgestellt würde, kam es darüber in der Öffentlichkeit zu lebhaften Erörterungen. In der angesehenen Monatschrift „Atlantic Monthly“ (April 1927, 540—549) richtete ein Newyorker Staatsanwalt, Charles Marshall, an Smith einen offenen Brief mit der Aufforderung, sich über die dogmatischen und rechtlichen Ansprüche der katholischen Kirche und deren Verhältnis zur amerikanischen Verfassung zu äußern.

Smith tat dies im *Matheft* 1927 der gleichen Zeitschrift (721—728). Dabei bemerkte er eingangs: „Ich wäre ein armer Amerikaner und ebenso ein armer Katholik, wenn ich religiöse Streitfragen in eine politische Kampagne hineintrüge.“ Er wies darauf hin, daß er in seiner langen öffentlichen Laufbahn niemals einen Konflikt zwischen seinen religiösen und bürgerlichen Pflichten empfunden habe, und unterstrich die Tatsache, daß der für die Wahrung der amerikanischen Verfassung so bedeutungsvolle Oberste Gerichtshof der Union während eines Viertels seines Bestehens zur vollen Zufriedenheit von zwei Katholiken geleitet worden sei.

Als um die gleiche Zeit von manchen Blättern ausgestreut wurde, Smith sei der Kandidat des Heiligen Stuhles, veröffentlichte der Apostolische Delegat in Washington, Erzbischof Sumasoni-Biondi, im Mai 1927 eine Note des Kardinalstaatssekretärs Gasparri des Inhalts, „daß der Heilige Stuhl mit dem kommenden Präsidentschaftswahlfeldzug in keiner Weise befaßt oder an ihm interessiert ist, und das in Kraft seines Grundsatzes, vollkommen außerhalb der innern Kämpfe der politischen Kreise jedweden Landes zu bleiben.“¹

Der Feldzug der Intoleranz setzte erst recht ein, als die gefürchtete Möglichkeit zur Wirklichkeit wurde und Smith tatsächlich als Kandidat der Demokraten aufgestellt wurde. Je näher der Wahltag kam und je rühriger und geschickter Smith in den Wahlkampf eingriff, desto mehr verstieg sich auch der Haß der Anti-Smith-Kampagne. Unter dem Schlagtruf „Gegen Rum und Rom“ zog man zu Felde. Da man es aber für klug hielt, sich in der Öffentlichkeit nicht allzusehr bloßzustellen, organisierten die Fanatiker einen Verleumdungsfeldzug in der Stille, die sogenannte „whispering campaign“, indem man von Mund zu Mund die unglaublichsten Ubernheiten und Schauer-geschichten über den Katholiken Smith und seine finstern Pläne

¹ „The Catholic World“ (Newyork, Juni 1927) 409. Vor der deutschen Reichspräsidentenwahl hatte der Osservatore Romano vom 24. April 1925 eine ähnliche Erklärung gebracht.

verbreitete. Schlimmer war, daß auch Geistliche und Kirchengemeinschaften sich an diesem Schmähkrieg beteiligten. So wurde in einigen Kirchen, z. B. von Indianapolis, um die Niederlage Smiths gebetet. Den traurigsten Mut aber hatte ein protestantischer Theologieprofessor, Jesse Johnson, der es unternahm, die Unduldsamkeit „wissenschaftlich“ zu rechtfertigen, und zwar in einem Aufsatz der evangelisch-lutherischen, in englischer Sprache erscheinenden Vierteljahrschrift „Bibliotheca sacra“ (St. Louis, Oktober 1928, 452—460). Johnson behandelt darin die Frage: „Kann ein römischer Katholik zum Präsidenten gewählt werden?“ und gibt die Antwort, „daß Mitgliedschaft in der römisch-katholischen Kirche unter Aufsicht der römischen Hierarchie als Ungeeignetheit (disqualification) angesehen werden muß“. Ob dieser Theologe sich wohl klar gemacht hat, wie vergiftend es auf die konfessionellen Verhältnisse wirken muß, wenn die eine Konfession die andere um politische Rechte bringen will?

Diese und ähnliche Vorgänge sind uns jetzt noch in frischem Gedächtnis. Es ist aber vielleicht doch nützlich und lehrreich, einige einwandfreie Zeugnisse aus nicht-katholischen Quellen über diese bezeichnenden Vorgänge für später festzuhalten.

Gleich nach der Nominierung Smiths zum Kandidaten schrieb die „Vossische Zeitung“ (Nr. 155 vom 30. Juni 1928): „Es gibt in dem Lande, das tausend Sekten, aber nur einen Kleiderschnitt kennt, Millionen von Menschen, die der Gedanke, ein Katholik könnte ins Weiße Haus einziehen, ganz aus dem Häuschen bringt. Ein Überbleibsel nach-stuartscher puritanischer Tradition, dessen erstaunliche Lebenszähigkeit aber aus dem unbewußten Instinkt Nahrung zieht, der in der universellen, kultur-toleranten und dabei das Individuum anerkennenden Universalität der Weltkirche eine Gefahr für die im Grunde sektiererisch-enge, kollektiv-tyrannische, nationalistisch-intolerante Weltanschauung des Amerikanismus sieht. Dieses Gefühl ist noch sehr stark in Amerika und vor allem im Süden und Südwesten.“

Am 30. Oktober 1928 (Nr. 297) brachten die rechtsstehenden „Münchener Neuesten Nachrichten“ einen Bericht ihres Newyorker Vertreters Dr. Adolf Halsfeld, der seine Eindrücke über den Wahlfeldzug in folgende Sätze zusammenfaßt: „Es gibt ein Moment, das viel wichtiger ist als die Alkoholfrage. Und das ist das religiöse Bekenntnis des Newyorker Gouverneurs. Aus den täglichen Gesprächen mit allen Schichten der Bevölkerung, aus der Lektüre der Zeitungen und Magazine muß man die Überzeugung gewinnen, daß mindestens fünfzig Prozent aller Amerikaner heute, am Vortage der Präsidentenwahl, den Eindruck haben, es werde sich sozusagen das Schicksal der Vereinigten Staaten erfüllen, wenn der Katholik Alfred Smith als Präsident in das Weiße Haus einziehen würde. Von diesem einen Gesichtspunkt aus muß man das Niveau des Wahlkampfes von 1928 beurteilen... Die Wahl Schlacht ist auf ein Gebiet geraten, wo sie notgedrungen in einen Kreuzzug der protestantischen Mehrheit des Landes gegen die Gefahr des sogenannten ‚Romanismus‘ ausarten mußte. So erklärt es sich, daß am umworbensten in dieser politisch-losen Schlacht der Gemüter nicht der männliche, sondern der weibliche Wähler ist. Selbst im klassischen Lande des Frauenkultes stellen gerade die Urteilsfähigsten jetzt mit einiger Beunruhigung fest, daß der Präsident von 1928 vermutlich nicht von den Männern, sondern von den aus dem Häuschen geratenen, methodistischen und baptistischen Frauen gewählt werden dürfte. Aus allen Wahlbezirken berichtet man Rekorderinschreibungen von Frauen in den Stimmregistern, die Kampagne selbst wird mit Recht als ‚Woman's Campaign‘ bezeichnet, und die Reden der Agitatoren richten sich zumeist an das Temperament des zarteren Geschlechtes. Eine republikanische Politikerin, der Bundesanwalt Mrs. Mabel Walker Willebrandt, hat die rednerischen Vorbeeren im Kampfe gegen den nassen Katholiken Smith geerntet, und ein baptistischer Hesperprediger, Mr. John Roach Straton, führt die Flagge der Reinheit im Kampfe gegen die Mächte der Fin-

sternis, die sich von der Newyorker Tammany Hall aus nach Washington einschmuggeln möchten. Wenn eine politische Auseinandersetzung sich in solchem Maße in das Gebiet religiöser Vorurteile und gefühlsmäßiger Abneigungen zu verlieren droht, dann wird es gefährlich, politische Folgerungen daran zu knüpfen. Die Frage, ob ein katholischer Präsident erträglich ist in einem Lande mit überzeugter puritanischer Mehrheit, berechtigt in gewissem Sinne dazu, die diesjährige Präsidentenwahl als Kulturkampf anzusehen.“

Ganz ebenso lautet das Urteil des Washingtoner Korrespondenten Dr. Max Jordan im linksgerichteten „Berliner Tageblatt“ (Nr. 525 vom 6. November 1928): „Wenn, M. Smith unterliegt — und die Wahrscheinlichkeit spricht auch heute noch unmittelbar vor Troessschluß dafür —, so wird er ein Opfer des ‚Kulturkampfes‘ sein. Für die große Mehrheit der Wähler lautet die Alternative nicht etwa ‚Hoover oder Smith‘, sondern ‚für Smith oder gegen ihn‘, und Smiths katholisches Glaubensbekenntnis ist der Stein des Anstoßes für bei weitem die meisten seiner Gegner. ‚Die katholische Gefahr‘ wurde zum Popanz aller Puritaner, und ein militanter Protestantismus hat alle Kohorten aufgeboten, um die Vereinigten Staaten vor der vermeintlich drohenden Invasion der römischen Schweizergarden zu erretten. Wahrlich, Amerika hat es heute nicht mehr besser als die Alte Welt! Der Religionshaß ist in die Masse gesät, und Vorurteile werden ausgeschlachtet, die längst schon ausgerottet schienen. Jede Stimme für Smith sei eine Stimme für den Papst, steht in grellen Lettern am Kopfe der führenden Zeitung des Ku-Klux-Klan, die im Schatten des hauptstädtischen Kapitols erscheint. Sogar von protestantischen Kanzeln ist ahnungslos Gemeinden gepredigt worden, der Newyorker Gouverneur werde Pius XI. seinen Sitz im Weißen Hause abtreten, sobald er gewählt sei. ‚Eher soll ein Nigger Präsident werden!‘ verkündete einer der geistlichen Herren, ‚als dieser Smith, der nur der Sachwalter des Papstes wäre!‘ Senator Heflin aus Alabama, der Don

Quijote des amerikanischen Oberhauses, tat ein übriges, um die konfessionellen Leidenschaften höher aufflammen zu lassen, indem er versicherte, jeder der amerikanischen Präsidenten, die bisher Attentaten zum Opfer fielen, sei von Katholiken ermordet worden. Es läßt sich nicht leugnen, daß dieser demagogische Stimmenfang bei Hunderttausenden seine Wirkung tun wird. Daß Smith auch aus seiner ‚Masse‘ ein Strick gedreht würde, war schon bei seiner Nominierung vorauszusehen. Aber das moralische Motiv des Alkoholverbotes hat im puritanischen Protestantismus seinen Ursprung, und in diesem Sinne waren auch alle Wahlreden der Alkoholgegner nur Anhängsel der Kulturkämpferischen Propaganda. Eine Orgie der Unduldsamkeit segt über das Land, das sich als Hort der Freiheit rühmt, und der Vorurteile sind Legion, die die Republikaner mit taktischem Geschick und ohne allzuviel Skrupel für sich nutzbar zu machen verstehen.“

Die konfessionelle Hege hat denn auch tatsächlich ihre Wirkung getan. Der überwältigende Sieg Hoovers (21½ Millionen Stimmen) und zumal seine Gewinne in einigen, bisher immer demokratischen Südstaaten dürften in erster Linie auf sie zurückgehen. Die Frauen und das platte Land, wo die konfessionellen Vorurteile am zähesten haften, gaben den Ausschlag für Hoover, während große Weltstädte wie Newyork, Boston, Newark, Cleveland, St. Louis und San Francisco eine Mehrheit für Smith ergaben.

Trotz der unerfreulichen Vorgänge vor und bei der Wahl ist doch in religiöser Hinsicht ein Fortschritt festzustellen. Einmal ist die bisherige Tradition, daß immer nur protestantische Kandidaten für die Präsidentenwahl aufgestellt wurden, durchbrochen worden. Die eine große Partei des Landes hat kein Bedenken getragen, einen Katholiken für diese Würde vorzuschlagen, und der katholische Kandidat erhielt auf dem demokratischen Parteitag sogar gleich im ersten Wahlgang die erforderliche Zweidrittelmehrheit. Sodann hat der katholische Kandidat bei der Wahl die sehr an-

sehnliche Zahl von ungefähr $15\frac{1}{2}$ Millionen Stimmen (gegen 8,3 Millionen im Jahre 1924) auf sich vereinigt und damit eine höhere Stimmenzahl erreicht als irgend ein demokratischer Bewerber vor ihm. Es ist also keineswegs so, wie es die „Frankfurter Zeitung“ (Nr. 836 vom 7. November 1928) voreilig schrieb, daß „Smith seinen Platz als Totengräber seiner Partei in der innerpolitischen Geschichte der Vereinigten Staaten finden wird“. Wenn die Zahl der abgegebenen Wahlstimmen in dem Verhältnis der Elektoren (444 : 87) nicht in die Erscheinung tritt, so erklärt sich das aus der Eigenart des merkwürdig undemokratischen Wahlsystems, das innerhalb der einzelnen Staaten die Minderheiten völlig unberücksichtigt läßt und der einfachen Majorität sämtliche Elektoren zuweist. Es haben also doch viele Millionen Wähler, auch unter den Protestanten, der konfessionellen Hege widerstanden. Dabei ist wohl zu beachten, daß gewiß auch viele Wähler Hoovers die Ausschreitungen des konfessionellen Fanatismus bedauert und verurteilt haben. Es wäre also unrecht, gegen die Mehrheit des amerikanischen Volkes den Vorwurf der religiösen Intoleranz zu erheben. Es ist ja auch sehr leicht möglich oder wahrscheinlich, daß die Presse eifriger über die Ausbrüche des konfessionellen Hasses als über die Mahnungen zur Vernunft berichtet hat.

Ein bemerkenswerter Fortschritt ist auch darin zu sehen, daß im Wahlkampf der Furor protestantischer Kreise mit seiner Enge, Borniertheit und Unduldsamkeit klar hervorgetreten ist. Unduldsamkeit liebt die Verstecke; sie kann nur überwunden werden, wenn sie ans helle Tageslicht gezogen wird. Eiterbeulen müssen sich nach außen öffnen, sonst frißt ihr Gift immer tiefer nach innen. Wird aber die Unduldsamkeit gezwungen, sich zu demaskieren, so ist sie damit zugleich an den Pranger gestellt. Schon das Erstaunen weiter, auch nichtkatholischer Kreise über das Maß konfessioneller Vorurteile und Gehässigkeiten muß ernüchternd wirken, zumal da der Amerikaner sich gerne schmeichelt, daß sein Land ein Hort religiöser Duldsamkeit sei. Auch wird man sich

auf die Dauer nicht verhehlen können, daß hysterische Angst vor einem katholischen Präsidenten eines großen Volkes unwürdig ist. So wird der Nachgeschmack der konfessionellen Hege für ihre Urheber schwerlich angenehm sein.

Immer wieder wird von protestantischer Seite über die Herrschsucht und Unduldsamkeit Roms und der Katholiken geklagt, immer wieder wird ihnen der Vorwurf gemacht, Religion und Politik miteinander zu verquicken. In der Tat sind es gerade Protestanten, die sich solcher Unduldsamkeit und Verquickung schuldig machen. Über ein Jahrhundert haben die amerikanischen Katholiken protestantischen Präsidenten ihre Stimme gegeben. In Frankreich, das kaum zwei Millionen Protestanten zählt, kann ein Protestant die Präsidentenwürde bekleiden, ohne daß es den Katholiken in den Sinn kommt, ihn wegen seiner Religion anzugreifen oder zu verdächtigen. Aber der bloße Gedanke, daß ein Katholik Präsident der Vereinigten Staaten werden könnte, genügt, um bei vielen Millionen Protestanten auch den letzten Funken von Gerechtigkeitsgefühl zu erstickern.

Die katholische Kirche hat kein vitales Interesse daran, ob ein Katholik oder Protestant in Amerika oder in Deutschland, wo wir ähnliche Verhältnisse haben, den Präsidentenstuhl innehat. Aber sie muß Wert darauf legen, daß die Katholiken nicht als Bürger zweiter Klasse behandelt und wegen ihrer Religion benachteiligt werden. Darum setzen sich die Katholiken mit Recht gegen die antikatholischen Vorurteile zur Wehr, und man sollte meinen, daß sie in diesem Kampfe auch bei Protestanten — Fanatiker natürlich ausgenommen — auf Verständnis und Unterstützung hoffen dürfen.

Max Prißilla S. J.

Wandel der Lessingverehrung

In den Xenien steht bekanntlich das Distichon Schillers:

Vormals im Leben ehrten wir dich wie einen
der Götter;
Nun du tot bist, so herrscht über die Geister
dein Geist.